

St. 28.9.99

Leere Köpfe, leere Kassen

Keine Stadt hatte nach der Wende bessere Chancen – und keine hat weniger daraus gemacht

Von Eberhard von Einem

Auf der sonnenbeschienenen Seite lässt sich Berlin gern feiern. Baulich nimmt die Stadt sichtbar Gestalt an, steinern, gelegentlich auch filigran, heraus aus hunderten von Baugruben. Der Regierungsumzug ist fast abgeschlossen, aus der Wirtschaft kommen erste hoffnungsvolle Zeichen des Strukturwandels und auch in sozialer Hinsicht bewegt sich die Stadt: Getragen von einer Schicht von Neuberlinern, zumeist jungen, international orientierten, kulturbessenen Juristen, Finanzdienstleistern, Consultants, Werbefachleuten, Journalisten, Ingenieuren und Informatikern. Aber dies ist nur die eine Seite.

Auf der anderen verschatten Wolken das Bild: Die Industrie schrumpft weiter; sie ist das Sorgenkind Nummer Eins und dies nicht nur wegen des anhaltenden Verlustes an Arbeitsplätzen, sondern auch, weil sich ohne industrielle Nachfragebasis auch die Dienstleistungen nicht so schnell entwickeln können, wie es erforderlich wäre, um laufend genügend Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Das Wirtschaftswachstum Berlins lag 1998 bei -0,3 %, was dem letzten Platz im Vergleich der Bundesländer entspricht. Die Arbeitslosigkeit hält sich offiziell bei 280 000, einschließlich verdeckter Arbeitslosigkeit und stiller Reserve sind rund 375 000 Menschen ohne Arbeit; 275 000 Menschen, darunter 75 000 Kinder und Jugendliche, müssen von Sozialhilfe leben.

Diese Zahlen müssten die Politik alarmieren, müssten sie hellhörig machen,

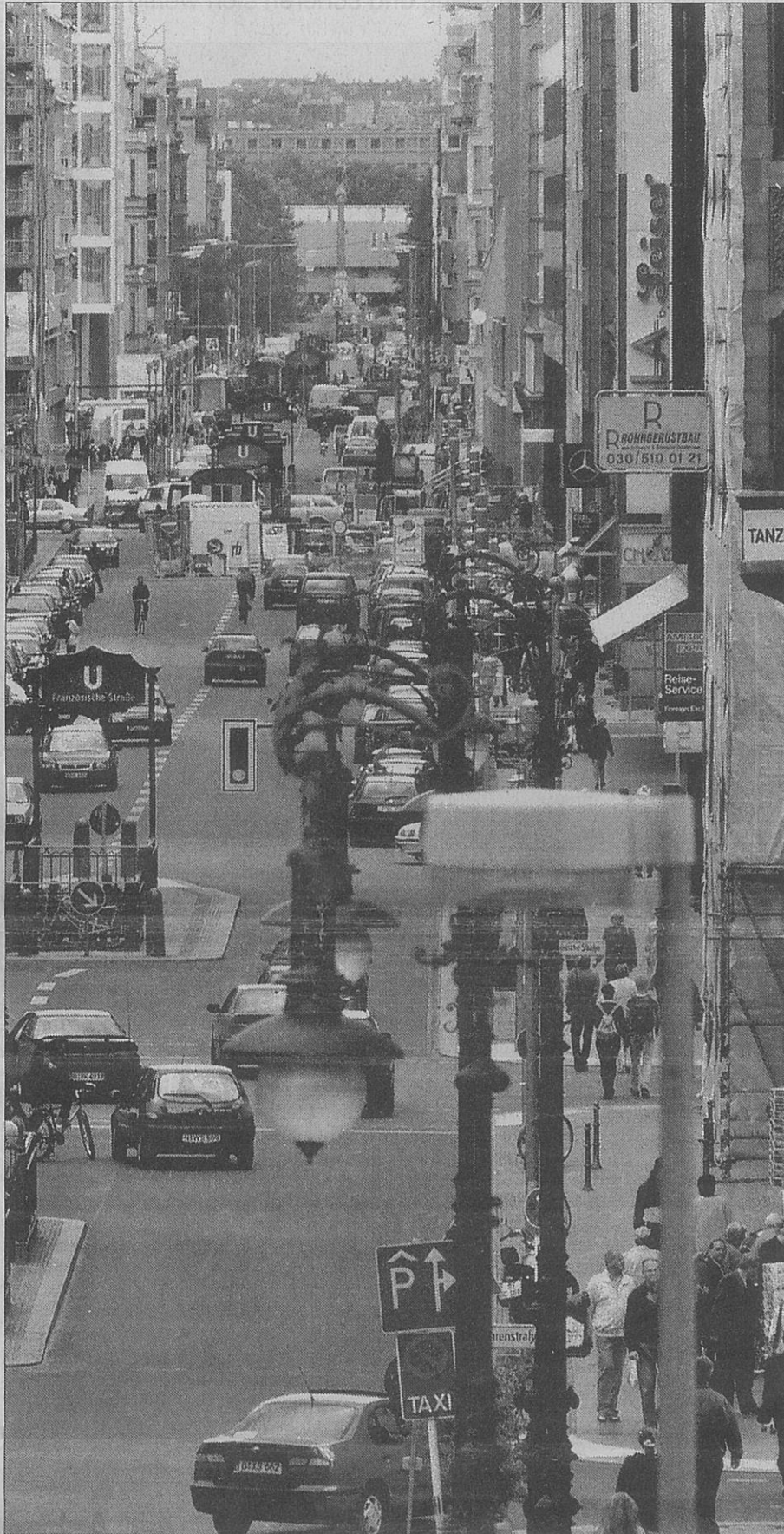
Die EU fürchtet,
dass in Berlin zu viele
Ideen versanden

wie andere Stadtregionen in Europa vergleichbare Probleme zu meistern versuchen. Die Berliner Landespolitik der neunziger Jahre erscheint jedoch merkwürdig wenig verändert. Zum einen herrscht bei vielen Wählern in Ost und West noch immer die Erwartung vor, der Staat müsse für sie rundum sorgen. Zum anderen hoffen noch immer zu viele Landespolitiker auf eine „Lösung von außen“, sei es der Regierungsumzug, seien es weitere spektakuläre Neuansiedlungen von Konzernspitzen (ähnlich Sony oder Debis), seien es neue Bundeshilfen oder zusätzliche Fördermittel aus Brüssel.

Tatsächlich hat sich die EU im Frühjahr 1999 im Rahmen der Agenda 2000 nochmal bereiterklärt, Berlin aus dem europäischen Regionalfonds letztmalig rund zwei Milliarden Mark bis 2006 bereitzustellen, um damit Berlins Übergang in eine – auf Finanzhilfen nicht mehr angewiesene – Selbständigkeit zu erleichtern.

Die EU knüpfte diese Zusage allerdings an eine Bedingung. Sanft verpackt in die Sprache der Diplomatie gab die Kommission kürzlich ihren Unmut zu erkennen: Berlin solle die Gemeinschaftsmittel nicht einfach dazu verwenden, Finanzlöcher zu stopfen, andere laufende unterfinanzierte Programme aufzufüllen und hier und da mal ein experimentelles Mini-Modellprojekt zu initiieren, ohne es allerdings später hinreichend auszuwerten. Die EU ist besorgt, dass in Berlin zu viele gute Ideen, (zum Beispiel Ökologie, Arbeitsmarkt, Ausländerintegration) versanden. Deshalb besteht man in Brüssel darauf, dass die Hauptstadt endlich ein Konzept vorlegt und ihre einzelnen Maßnahmen in eine Gesamtstrategie einbettet.

Diese Kopplung trifft genau den wunden Punkt Berlins. Dazu bedürfte es nämlich einer breit geteilten Leitidee, einer Zukunftsvorstellung, einer strategischen Gesamtsicht und ungewöhnlicher – auch unpopulärer – Maßnahmen. Wo ist die alle mitreisende Rede des Regierenden Bürgermeisters, die eine überzeugende Vision skizziert und den Weg weist, eine Rede, die sich zum Beispiel



Friedrichstraße – oberes Ende: Glitzerwelt Mitte. Die Politik flüchtet gern in ihre bunten Marketingwelten. Gelegentlich wird die eigene Presseerklärung aber mit dem Ergebnis verwechselt.

Foto: Ullstein

Als Ost-West Dienstleistungszentrum hat sich Berlin trotz seiner geographischen Vorteile nicht durchsetzen können. Beim Dienstleistungsexport nach Osteuropa ist Berlin schwach. Der Flughafen kommt nicht voran. Die Bahn bietet zwar bessere Anschlüsse nach Westen, aber nicht nach Osten. Auf den Autobahnen zieht die Karawane der Lastwagen von und nach Polen an Berlin vorbei. Die östlichen Nachbarländer scheinen vielen Berlinern – obwohl die Oder nur 70 km entfernt ist – als Niemandsland. Neugier auf Osteuropa ist in der Stadt bisher kaum zu spüren. Prag, Warschau, Budapest und Wien übernehmen die Rolle, die Berlin hätte spielen können.

Berlin kann mit dem andernorts vorgelegten Tempo der institutionellen Modernisierung nicht mithalten. Die Stadt hat noch nicht gelernt, die Freiräume für private Eigeninitiative zu erweitern und traut sich nicht, überflüssige oder veraltete Vorschriften abzuschaffen; die Verwaltungsreform kommt zu langsam und mit vielen Jahren Verspätung in Gang, während die Entrümpelung der unüber-

Umbau stockt ebenso wie die Verkehrspolitik, die „Qualifizierungsoffensive“ wurde mehrfach ausgerufen, aber nicht umgesetzt; die Einbindung der Banken mit dem Ziel, mehr Risikokapital für junge Unternehmen – und nicht nur für High-Tech-Firmen – bereitzustellen, scheiterte schon im Vorfeld.

Berlin leidet unter einem Mangel an prinzipiengeleitetem Pragmatismus. Sich selbst bespiegelnd flüchtet die Politik gern in ihre selbst erzeugten bunten Marketingwelten. Gelegentlich wird die eigene Presseerklärung schon mit dem Ergebnis verwechselt: „Ankündigungspolitik“; nicht selten scheint die Schlagzeile wichtiger als die tatsächliche Wirkung. Berlin verliert Zeit; die Stadt ist zu langsam mit ihren überfälligen Weichenstellungen, während Hanseaten, Sachsen und Schwaben längst handeln.

Stillstand aber kann sich Berlin am wenigsten leisten, zumal wenn sich die Welt im globalen Maßstab in immer kürzeren Zyklen verändert. Gemessen an den Ideen und Konzepten anderer europäischer Großstädte, ist Berlin Nachzügler. Zwar hat die Stadt begonnen, ihre Finanzsitua-

der Anfang der Schmerzen. Der Stadt stehen die wirklichen Grausamkeiten des Umsteuerns noch bevor und sie gehen weit über die zwar vorrangige – aber andere Reformen nicht ersetzende – Haushaltsanierung hinaus.

Ohne eine Beschleunigung der Innovationen, ohne Servicequalität und ohne höhere Produktivität verliert Berlin weiteren Boden. Die Stadt wird sich darauf einstellen müssen, dass lohnintensive Massenfertigungen technisch einfacher oder im Innovationszyklus standardisierbare Produkte die Stadt unweigerlich verlassen werden. Dieser Verlust kann nur durch neue Produkte – oft gleichbedeutend mit neugegründeten Firmen – ersetzt werden; das heißt die Stadt muss ihren Bestand pflegen und zugleich schnell genug sein, um revolvierend für Ersatz zu sorgen, neue Märkte, neue Produkte, neue Dienste, neue Firmen, neue Arbeitsplätze.

Berlin bleibt gar keine andere Wahl, als sich darauf zu konzentrieren, zu einem der wenigen europäischen Knoten der Wissensgesellschaft zu werden. Die Voraussetzungen sind im Prinzip vorhanden, wenn es die Stadt versteht, dieses Po-

Die einzige Lösung:
Investitionen in
Bildung und Kultur

tenzial zu nutzen. Ein Selbstläufer ist diese Entwicklungsoption nicht. Dazu müsste die Stadt konsequent in die lokale Humankapitalbasis investieren, die Ausbildung an den Schulen, Hochschulen und die lebenslange berufliche Fortbildung deutlich (nicht nur marginal) verbessern und dies sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht; sie müsste die Kulturförderung (also etwa Bibliotheken und Museen) ausbauen, die Medien einspannen und die besten Köpfe aus West und Ost nach Berlin holen.

Die Obergrenze der Berliner Hochschulkapazitäten sollte nicht bei 85 000 Studenten, sondern bei 150 000 bis 200 000 Studenten festgelegt werden. Zur Finanzierung der Wissensgesellschaft sind weitere Einsparungen bei den Personalkosten der allgemeinen Verwaltung ebenso vertretbar, wie die Umlenkung der Mittel des Programms Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung (rund 600 Millionen Mark) und Einsparungen bei der überholten Eigenheimförderung im Wohnungsbau (rund 400 Millionen Mark). Zusammen könnte dies ein zusätzliches Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Mark für die Bildungspolitik erbringen.

Auch im Zeitalter raum- und zeitloser Datenverfügbarkeit dürfte die notwendige Fähigkeit zur Reflexivität in hohem Maße in jenen wenigen Metropolen Europas lokalisiert sein, die von den Hochqualifizierten als Wohn- und Arbeitsstandorte präferiert werden. Die Wirtschaftspolitik muß darum völlig neue Schwerpunkte setzen. Allein die jüngsten Studien der OECD belegen das erneut: Die Bundesrepublik ist bei den Bildungsinvestitionen einerseits und den Hochschulleistungen andererseits zurückgefallen, während die Chancen am Arbeitsmarkt jedoch unmittelbar bildungsabhängig sind und mit besserer Qualifikation steigen (die Arbeitslosenquote unter Akademikern liegt in Deutschland unter fünf Prozent; die der Ungelernten bei über zwanzig Prozent).

Es kommt künftig weniger auf die materielle Infrastruktur an, auf neue Straßen, Kanäle, Gewerbeparks und Bürokomplexe, sondern in erster Linie darauf, die Wissensbasis einer Stadtregion umfassend zu stärken.

Wer die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern will, der muss mit der Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik beginnen. Berlin sollte mehr in Köpfe investieren, weniger in Beton.

Eberhard von Einem ist Professor an der Fachhochschule...

DIE BERLIN SEITE

während die Entrümpelung der unübersichtlich vielen Förderprogramme weiter auf sich warten lässt; der ökologische

en und Konzepten anderer europäischer Großstädte, ist Berlin Nachzügler. Zwar hat die Stadt begonnen, ihre Finanzsituation neu zu ordnen; das aber ist allenfalls

Eberhard von Einem ist Professor ~~an der~~ Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin.

Süddeutsche Zeitung Nr. 224 / Seite 11

drei Mal so schwerer Mann mit gewaltigem schwarzen Schnurrbart und riesigen traurig-fragenden Augen. Vor Aufregung hängt ihm sein Hemd aus der Hose, die unter den stattlichen Bauch gerutscht ist.

Aber Eisenbahn schon weg, 9.30 Uhr nach Bielefeld.

Er wedelt bekümmert mit dem Ticket, schaut drauf und liest wieder die magische Zahl vor.

Ja, der is weg, aber nach Bielefeld können Sie den ganzen Tag fahren, kein Problem. Gucken Sie mal. Die kleine Alte zerrt den betrubten Riesen zum Schaukasten, da steht 9.30 Uhr über Magdeburg, Braunschweig, Hannover nach Bielefeld.

Da muss ich hin. Wartet ein Freund.

Ja, junger Mann, da kommen und da sollen Sie auch hin. Der nächste Zug geht um . . . , sie hat ihre Brille aus der Handtasche gekramt und sucht mit dem Finger auf dem Plan, . . . um 11.30 Uhr. Triumphierend blickt sie über die Gläser den Ratlosen an.

Aber steht hier 9.30 Uhr. Ist vorbei, leider.

Das kann doch nicht wahr sein, jetzt zeigt er mir wieder seine Karte! Die Frau stöhnt auf, wo kommen Sie eigentlich her?

Afghanistan. Aber bin schon länger hier.

Das is ja schön. Also ich erklär's Ihnen noch mal. Sie können mit ihrer Fahrkarte um 11.30 Uhr oder um 13.30 Uhr, oder wann Sie wollen, fahren und das zwei Monate lang. Also auch morgen oder nächste Woche. Wie Sie wollen.

Die Frau klopft dem Afghanen freundlich auf den Arm. In seinem angespannten Gesicht zuckt es, bis es aus ihm herausbricht: Aber 9.30 Uhr hier steht. Zug ist weg.

Mann Gottes! Jawoll, der is weg!



Friedrichstraße – unteres Ende: Arbeitslosendemonstration in Kreuzberg. Berlin verliert Zeit. Die Stadt ist zu langsam bei den überfälligen Weichenstellungen.

Foto: Ullstein

die sich zum Beispiel
sien könnte, die Klaus
te der 80er Jahre vor
zu Hamburg hielt, um
Nord-Gefälle benach-
e Hansestadt auf ihre
als modernes Dienst-
nd Tor zur globalisier-
rören?

strategie hat sich der
verständigen können.
zehn Jahre nach der
989 noch immer kein

tstadt hinkt
ernisierung
erher

ierung und Motivati-
fassende vorurteils-
ine nüchterne Abwä-
glichkeiten. Mit wel-
iederaufschwung an-
öffentlicher, aber rei-
ourcen erreicht wer-
e Stadt „aus eigener
kommen muss, soll-
a; unklar ist noch im-

len Weg nicht zu wei-
önnte ein Wettstreit
ustecken, was sich in
nd Gesellschaft an-
Herausforderungen
hnte zu bestehen . . .
las Vakuum füllen,
lem Stimmengewirr
orschlag mit hinrei-
urchsetzen können,
e Politik eher desin-
leere Kassen, leere